

Informationsdienst des CGB

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Sicherheit und Stabilität schafft Vertrauen

In den kommenden Tagen – um den 1. Mai – finden die traditionellen Maikundgebungen der Gewerkschaften und Parteien statt. Folglich werden sich am „Tag der Arbeit“ die Hauptredner mit der Gegenwart und Zukunft Deutschlands, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Reallohnzuwachs usw. beschäftigen und dabei sich gegenüber der Bundesregierung in konstruktive oder totale Kritik, je nach politischer Grundeinstellung, üben. Wir haben eine Weltwirtschaftskrise hinter uns, deren Folgen uns noch geraume Zeit beschäftigen werden. Beschäftigen insoweit, da einige Länder in der Eurozone an Stabilität sehr zu wünschen übrig lassen, da sie sich in der jüngeren Vergangenheit Reformen versagten. Anders so in Deutschland, das vom einstigen „Bremsen in der EU“ - so wurde Deutschland 2005 noch bezeichnet - heute zur Lokomotive wurde. Deutschland war bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit besonders erfolgreich. 28 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 41 Millionen Erwerbstätige im letzten Jahr belegen den Erfolg. Und bei der Bekämpfung und Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit ist Deutschland sogar Spitzenreiter in Europa. Dieser gemeinsame Erfolg von Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft darf bei allem Stolz auf das Erreichte nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viel zu tun ist. Nachdem in den letzten Jahren das Hauptaugenmerk der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen galt, ist es nun dringend erforderlich, sich verstärkt mit Fragen der Entlohnung und Gestaltung von Arbeit zu befassen:

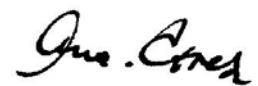
Der Christliche Gewerkschaftsbund fordert daher eine Lohnuntergrenze für alle Beschäftigungsverhältnisse, auf die kein Tarifvertrag Anwendung findet. Wichtig ist, dass die Tarifautonomie gewahrt bleibt und die Festlegung der Lohnuntergrenze durch eine Kommission der Tarifpartner erfolgt und nicht durch die Politik. Lohnfindung ist und bleibt die Kernaufgabe der Gewerkschaften. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch für Beschäftigte von Zeitarbeitsunternehmen gelten. Wichtig für den CGB ist, dass Maßnahmen ergriffen werden, wo Minijobbern auch arbeits- und tarifvertragliche Ansprüche wie Jahresurlaub oder Einhaltung von Kündigungsfristen garantiert werden. Wir fordern die Ausweitung der Beteiligung der Betriebs- und Personalräte und der Prüfbefugnisse der Deutschen Rentenversicherung durch verstärkte Kontrolle, um Missbrauch bei Werkverträgen zu verhindern. Lohnerhöhungen müssen beim Arbeitnehmer wieder ankommen und dürfen wegen der „kalten Progression“ nicht aufgefressen werden.

Die Bundespolitik muss also Wege aufzeigen, wir sind als Christliche Gewerkschaft dazu immer bereit, sich den Herausforderungen zu stellen. Nicht die absolute Gewinnmaximierung ist der Königsweg in einer globalisierten Welt, sondern die Verbundenheit mit einem Unternehmen, die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, faire Bezahlung und fairer Umgang miteinander – und das gemeinsame Ringen ums gegenseitige Wohlergehen. Der 1. Mai ist ein guter Tag, um sich dieser guten, alten Sitten zu erinnern.

Matthäus Strebl
CGB-Bundesvorsitzender

INTERN

Ausgabe April 2013

A handwritten signature in black ink, which reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Maiaufruf 2013

Gewerkschaftsrecht ist Menschenrecht

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit, der Tag der Gewerkschaften und der Tag der Gewerkschaftsbewegung selbst. Selten waren die Zeiten, in denen wir leben, so unsicher wie heute. Auch wenn wir, zumindest in Deutschland, die Auswirkungen der Finanzkrisen in den europäischen Ländern bisher privat kaum bemerken, so spüren wir doch, dass sich unsere Arbeitswelt verändert und weiter entwickelt.

Der Druck der Wirtschaftskrisen lässt uns ahnen, dass die Veränderungen und Entwicklungen nicht unbedingt zum Vorteil der Beschäftigten sein müssen. Es wird vielmehr immer deutlicher, dass die Sanierung der Volkswirtschaften zu Lasten der Beschäftigten geschehen soll. Dabei geht es nicht nur um die Arbeitsbedingungen der Menschen, sondern um alle Lebensumstände bis hin zu Spareinlagen und Altersvorsorge. Es kann aber nicht sein, dass wir, die Beschäftigten, allein die Rechnung begleichen, die uns verfehlte Politik und offensichtliche Misswirtschaft präsentiert haben und die eigentlichen Verantwortlichen so weiter machen, als wäre nichts passiert.

Der 1. Mai erinnert uns daran, dass es die Gewerkschaften und vor allem auch die christlichen Gewerkschaften waren und selbstverständlich auch heute noch sind, die für die Rechte der Beschäftigten eintreten. Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Willkür und Ungerechtigkeit steht für uns an erster Stelle. Dafür stehen wir, dafür treten wir ein. Es ist unsere wichtigste, aber auch verantwortungsvollste Aufgabe, für alle Beschäftigten angemessene Lebensumstände im Arbeitsleben als auch angemessene Lebensumstände im Alter zu verwirklichen.

Dass Gewerkschaften dies ohne Repressalien tun können, ist längst nicht selbstverständlich. Noch immer gibt es Länder, die - auch mit rigider Gewalt - verhindern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich zusammenschließen und für ihre Rechte und ihre Lebensumstände eintreten. Menschen, die dies dennoch tun, haben massive Nachteile in ihrem Beruf und riskieren oft genug auch Leben und Gesundheit für ihre Überzeugung. Und weil das in vielen Ländern immer noch so ist, ist das Recht, freie Gewerkschaften zu gründen und sich - auch gegen die Staatsgewalt - für die Arbeitsbedingungen der Menschen einzusetzen, auch ein Menschenrecht.

Aber auch hier im demokratischen Deutschland ist das Recht, eine freie und unabhängige Gewerkschaft zu gründen, in Gefahr. Selbstverständlich nicht für Leib und Leben derer, die das tun, aber nach wie vor bedeutet offenes und unerschrockenes Eintreten für den Gewerkschaftsgedanken massive Nachteile im

Arbeitsleben. Hinzu kommen die Politik und die Justiz, die neue aber auch alteingesessene Gewerkschaften danach bewerten, ob sie in das so lieb gewonnene Konzept der Einheitsgewerkschaft passen. Die Politik in Deutschland versucht seit Jahren sich eine überschaubare und kalkulierbar bequeme Gewerkschaftslandschaft zu schaffen, die der Wirtschaft nicht schadet und regelmäßig ohne größere Kollateralschäden die Lohn- und Gehaltsrunden - möglichst für alle Beschäftigten - über die Bühne bringt. Die Justiz unterstützt dies mit dem Dogma der Tarifrichtigkeit, indem für neue, junge oder einfach nur kleinere Gewerkschaften gerichtlich Voraussetzungen geschaffen werden, die auch die großen kaum noch überwinden würden, wenn sie denn jemals überprüft würden. Zum Erhalt dieses Systems wird die Tarifrichtigkeit bei den großen Organisationen lapidar und ungeprüft als unzweifelhaft gegeben vorausgesetzt.

Kleine, aber schlagkräftige Organisationen, die spezifische Interessen vertreten, werden nicht nur misstrauisch beobachtet, sondern gelten plötzlich als die Spalter der Arbeitnehmerbewegung. Dabei bringen diese Gewerkschaften nur ein System durcheinander, dass es sich über die Jahre zu bequem gemacht hat. Und diese Bequemlichkeit bezahlen wir als Gewerkschaften mit einer steigenden Gewerkschaftsmüdigkeit und sinkenden Mitgliederzahlen.

Gerade wir als Gewerkschaften dürfen es uns aber nicht zu bequem machen. Toleranz und Pluralismus, Gewerkschaftsfreiheit und Gewerkschaftsrecht sind Teil der Menschenrechte, für die wir eintreten. Der Tag der Arbeit erinnert uns daran, auch gegen den Strom zu schwimmen und auch die Dinge anzugehen, die nicht gerne gesehen werden. Er fordert uns auf, auch die Dinge zu sagen, die nicht gerne gehört werden. Das zu tun, was wir im Sinne der Beschäftigten für richtig halten, ist gelebtes Menschenrecht. Und das lassen wir uns von niemandem streitig machen. Packen wir es gemeinsam an!

CGB Bundesvorstand im April 2013

* * * *

Aus den Gewerkschaften

CGM fordert soziale Komponente - Große Tarifkommission formuliert Tarifforderungen



Stuttgart, 07.03.2013. Die Große Tarifkommission der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) spricht sich dafür aus, in der anstehenden Tarifrunde eine soziale Komponente bei den Entgelterhöhungen einzubauen. „Die steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem bei den Mieten und Energiekosten, belasten die unteren Einkommen überproportional. Deshalb setzen wir uns in dieser Tarifrunde für eine Entgelterhöhung mit einer sozialen Komponente ein“, formuliert der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen die Forderung der Großen Tarifkommission der CGM. In der Metall- und Elektroindustrie unterstütze

man die IG Metall bei ihrer Tarifforderung in Höhe von 5,5 Prozent, da diese dort die Tarifverhandlungen führt und die CGM lediglich Ergänzungstarifverträge abschließt. „Wenn es die Tarifverhandlungen erfordern, nehmen auch wir selbstverständlich wieder an den Warnstreiks teil“, ergänzt Ewen.

In der IT-Branche sowie im Metall-, Elektro- und Kfz-Handwerk ist die CGM oft Tarifführer und handelt originäre Flächentarifverträge aus. Dort wolle man ebenfalls etwa 5,5 Prozent mehr Lohn verbunden mit einer sozialen Komponente fordern, jedoch müsse man die Unterschiede in einzelnen Branchen und Regionen bei den jeweiligen Forderungen in den Ländern berücksichtigen. „Im Handwerk gibt es große Unterschiede in der Entwicklung der letzten Jahre: Es gibt Branchen und Regionen, in denen läuft es richtig gut, es gibt aber auch welche, in denen viele Betriebe ums Überleben kämpfen“, stellt Ewen fest. Deshalb seien unterschiedliche Forderungen notwendig und man mache die Forderungen darum nicht an einer fixen Zahl fest. Entscheidend sei, sich für Einkommensgerechtigkeit einzusetzen, weshalb man in dieser Tarifrunde auch eine soziale Komponente berücksichtigt haben möchte. „Sowohl in der Industrie als auch im Handwerk nehmen durch die Leistungsverdichtung Stress und gesundheitliche Probleme zu. Deshalb wollen wir auch weiterhin Work-Life-Balance-Maßnahmen in die Betriebe implementieren“, so der CGM-Bundesvorsitzende.

Außerdem werde man sich für die betriebliche Weiterbildung stark machen, damit ältere Arbeitnehmer in der Produktion und im Handwerk auf körperlich weniger belastenden Arbeitsplätzen eingesetzt werden können. „Gesund bis zu Rente“ lautet das Motto der CGM, mit dem man sich in die Gespräche mit den Arbeitgebern begeben wolle. Die CGM möchte außerdem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die tarifliche Möglichkeit schaffen, Lebensarbeitszeitkonten einzurichten, um für spezielle Lebenssituationen eine Auszeit zu nehmen oder früher in den Ruhestand gehen zu können. „Wir wollen in den anstehenden Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern nicht nur über eine bessere Bezahlung verhandeln, sondern auch über viele Rahmenbedingungen, die die Arbeit angenehm gestalten, damit möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „gesund bis zur Rente“ kommen“.

PM CGM vom 07.03.2013

* * * *

medsonet. beschließt
neue Organisations-
struktur

medsonet.
Die Gesundheitsgewerkschaft

Hamburg, 11. März 2013 - Am 9. März 2013 hat in Fulda ein außerordentlicher Bundesgewerkschaftstag der Gesundheitsgewerkschaft medsonet. stattgefunden, in dessen Mittelpunkt Änderungen der Satzung standen.

Der außerordentliche Bundesgewerkschaftstag wurde einberufen, da das Landesarbeitsgericht Hamburg

(LAG) im März des vergangenen Jahres im Zuge eines Statusverfahrens der medsonet. zu diesem Zeitpunkt die Tariffähigkeit abgesprochen hatte. Dabei stütze sich das LAG auf eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) aus dem Jahr 2010, in dem das oberste Bundesgericht eine Kehrtwende seiner bisherigen Rechtsprechung vollzogen hatte. Laut BAG seien gerade an junge Gewerkschaften besonders hohe Anforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit zu stellen, so dass der Mitgliederzahl eine entscheidende Bedeutung zukäme. Die Anzahl der von ihr abgeschlossenen Tarifverträge könnten ihre Tariffähigkeit hingegen nicht belegen.

medsonet. hat gegen den Beschluss des LAG Beschwerde beim BAG eingereicht. Die Entscheidungsgründe des LAG Hamburg griff der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Schulze noch einmal in seiner Ansprache vor dem Gewerkschaftstag auf. Schulze sagte, dass es mit dieser Rechtsprechung faktisch unmöglich geworden ist, eine neue Gewerkschaft zu gründen. Eine neue Gewerkschaft müsste, um überhaupt in die Lage zu kommen, tatsächlich jemals Tarifverträge abschließen zu können, sofort eine Anzahl von Mitgliedern gewinnen, die einen signifikant hohen Anteil von allen Beschäftigten in einem bestimmten Bereich repräsentiert. Das sei schier unmöglich. „Zudem kann mit dieser Rechtsprechung eine rivalisierende Gewerkschaft mit einer Konkurrentenklage gegen einen missliebigen Mitbewerber bereits unmittelbar nach dessen Gründung vorgehen.

So hat eine neue Gewerkschaft überhaupt keine Chance, eine den hohen Maßstäben entsprechende Anzahl von Mitgliedern zu gewinnen“, betonte Schulze vor den Delegierten. „So wird der Tarifautonomie kein Gefallen getan.“

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung stimmten die Delegierten des Bundesgewerkschaftstages dann einer Satzungsänderung zu. medsonet. wird sich zunächst auf die Betriebsarbeit durch die Betreuung der Betriebsräte und der Beschäftigten konzentrieren. Ebenso bleibt die Bildungsarbeit ein Schwerpunkt. Als Berufsverband wird medsonet. aber ihr Engagement und ihre Organisationsstruktur weiter ausbauen, um dann den Anforderungen des BAG an die Tariffähigkeit zu entsprechen.

PM medsonet vom 11.03.2013

* * * *

Galeria Kaufhof - DHV gewinnt die Aufsichtsratswahlen!



Mit einem sensationell guten Ergebnis hat DHV – Die Berufsgewerkschaft e.V. die Aufsichtsratswahlen bei der Galeria Kaufhof GmbH gewonnen und erneut die Gewerkschaft verdi ausgestochen. Auf die Gewerkschaftsliste der DHV entfielen 67,4 Prozent der Delegiertenstimmen. Damit steigerte die DHV ihr Ergebnis um 5,9 Prozent im Vergleich zu den Aufsichtsratswahlen im Jahre 2009. Zwei der drei Gewerkschaftsvertreter stellt damit die DHV im Aufsichtsrat der Galeria Kaufhof. Gewählt wurden Peter Wellbrink, Be-

etriebsratsvorsitzender der Kaufhof Hauptverwaltung in Köln und Renate Rohde-Werner, die Betriebsratsvorsitzende der Kaufhof in Köln-Nippes. Ersatzmitglieder sind Anke Dehner, Betriebsratsvorsitzende Kaufhof Rostock und Gabriele Conte, die stellv. Betriebsratsvorsitzende in der Kaufhof Hauptverwaltung.

Die DHV kandidiert bei Aufsichtsratswahlen grundsätzlich mit betriebsangehörigen Mitarbeitern und nicht mit externen Funktionären. Dafür sind die DHV Kandidatinnen und Kandidaten im Vorfeld der Wahl scharf angegriffen worden. Sie seien nicht ausreichend unabhängig, so der Vorwurf. Die Ergebnisse beweisen das Gegenteil. Unsere DHV Kandidatinnen und Kandidaten genießen ein hohes Vertrauen in der Belegschaft. Sie lassen sich nicht aus Gewerkschaftszentralen fernsteuern, sondern setzen sich für die Interessen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesem wichtigen Kontrollgremium ein.

PM DHV vom 25.03.2013

* * * *

Tarifeinigung im privaten Omnibusgewerbe: 6,5 % mehr Lohn und Gehalt sowie eine



Einmalzahlung für die Beschäftigten und Auszubildenden im privaten Omnibusgewerbe. Gewerkschaft GÖD geht mit dem Tarifergebnis in die Mitgliederbefragung

Die Gewerkschaft GÖD (Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen) im Saarland und der Landesverband Verkehrsgewerbe Saarland (LVS) erzielen nach zähen Verhandlungen am Abend eine Tarifeinigung für die Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe für das Saarland. Das Tarifergebnis sieht eine Lohn- und Gehaltssteigerung sowie der Ausbildungsvergütungen von 6,5 % vor und eine Einmalzahlung von 300,- EUR und für die Auszubildenden in Höhe von 80,- EUR. Das Einstiegsmonatsgehalt wurde um 141,38 EUR auf 1478,32 EUR angehoben.

Am Dienstag, den 12.03.2013 fanden zwischen der Gewerkschaft GÖD und LVS Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe des Saarlandes statt. Die Tarifverhandlungen fanden unter schwierigen Bedingungen statt, weil die Gewerkschaft GÖD neben einer Wochenarbeitszeitverkürzung für die Kraftfahrer im Omnibusgewerbe von 42 auf 40 Stunden auch eine Entgelterhöhung für die Beschäftigten verlangte. Eine Tarifeinigung zwischen der Gewerkschaft GÖD und dem LVS konnte am Abend erst durch mehrmalige Verhandlungsbrechungen und vier Augen Gespräche der Verhandlungsführer gelingen. Die Tarifeinigung steht nun unter dem Vorbehalt der Annahme durch die GÖD-Mitgliederbefragung. Die Tarifeinigung sieht eine Lohn- und Gehaltssteigerung in drei Stufen vor: 2,3% ab 01.04.2013, 2,4% ab 01.01.2014 und 1,8% ab 01.01.2015. Im gleichen Zeitraum und gleicher Höhe

steigen die Ausbildungsvergütungen. Ferner gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 300,- EUR für die Beschäftigten im privaten Omnibusgewerbe und 80,- EUR für die Auszubildenden im kaufmännischen Bereich. Verlängert wurde die Übernahmegarantie für die Auszubildenden zum/zur Berufskraftfahrer/in. Das Monateinstiegsgehalt wird um 141,38 EUR angehoben auf 1478,32 EUR, was bei einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden einem Stundenlohn von 8,50 EUR entspricht. Zuvor lag der Stundenlohn bei 7,67 EUR.

Keine Einigung konnten die Tarifparteien in Bezug auf die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden treffen. Hierzu sagt der GÖD-Verhandlungsführer Nico Caló: "Nun werden die GÖD - Mitglieder entscheiden müssen, ob das Tarifergebnis auch ohne Wochenarbeitszeitverkürzung angenommen werden kann", und fügt noch hinzu: "Der vorgeschlagene Weg des Einstiegs in eine Wochenarbeitszeitverkürzung als Ausgleich hierfür aber ohne Entgelterhöhung für 2013 und 2014, war für die GÖD nicht verhandelbar." Die Wochenarbeitszeitverkürzung bleibt aber auf der Tagesordnung, wie die Gewerkschaft GÖD mitteilte. Sie ist weiterhin der Auffassung, dass die Belastungssituation der Kraftfahrer mit einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit Rechnung getragen werden muss.

Ein gänzlich Scheitern der Tarifverhandlung wäre aber nach Ansicht der GÖD - Verhandlungskommission unverhältnismäßig gewesen, denn dann, so der GÖD - Verhandlungsführer Nico Caló, hätten die Beschäftigten noch länger auf einen Inflationsausgleich warten müssen, was aber die GÖD - Verhandlungskommission nicht verantworten wollte. Dass die Tarifeinigung dennoch in die GÖD - Mitgliederbefragung gegeben wird und die Annahme vom Votum der GÖD - Mitglieder abhängt, rechtfertigt der GÖD - Verhandlungsführer Nico Caló mit dem Verhandlungsmandat der GÖD - Verhandlungskommission und erklärte hierzu: "Die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Kraftfahrer war eine zentrale Tarifforderung der GÖD Mitglieder, da können wir am Verhandlungstisch nicht irgendetwas anderes beschließen, ohne die Mitglieder vorher zu befragen. Das Ergebnis wäre den Mitgliedern nicht zu vermitteln gewesen." Ab sofort laufen die Vorbereitungen für die Durchführung der Mitgliederbefragung.

PM GÖD vom 12.03.2013

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.